



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1922

381 (21.8.1922) Mittag-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-205031](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-205031)

Mannheimer General-Anzeiger

Badische Neueste Nachrichten

Verlagspreis: In Mannheim und Umgebung monatlich 1,00 M., in den übrigen Orten 1,20 M. ...

Anzeigenpreise: Die kleine Seite Nr. 10. — woch. Nr. 12. — ...

Sillogen: Der Sport o. Sonntag. Aus der Welt der Technik. Gesetz u. Recht. Mannh. Frauen-Zeitung. Mannh. Musik-Zeitung. Bildung u. Unterhaltung. Feld u. Garten. Wandern u. Reisen.

Bradburys Mission in Berlin.

Pfänder für ein Moratorium.

EP. Paris, 19. Aug. Die Abordnung der Reparationskommission wird vier bis fünf Tage in Berlin bleiben, nach anderen Berichten sogar bis Ende nächster Woche. Der „Petit Parisien“ glaubt, daß man im Schoße der Reparationskommission der Ansicht sei, die entgegengesetzten Anträge, die an der Londoner Konferenz zum Vorschein kamen, müßten einander möglichst bald genähert werden, damit die neue interalliierte Konferenz in Brüssel einige Aussicht auf Erfolg habe. Der Zweck der Reise der Mission Bradbury sei gerade der, die Grundlagen für eine solche Annäherung zu finden. Die Mission werde von Deutschland für die Gewährung eines Moratoriums Pfänder verlangen und werde versuchen, sich mit Deutschland darüber freizugeben. Die Reparationskommission habe die Entsendung der Mission nach Berlin beschlossen, weil der deutsche Finanzminister Hermes, den man ursprünglich nach Paris kommen lassen wollte, gegenwärtig krank sei.

„Daily Mail“ erklärt, daß eine optimistische Stimmung in der Reparationskommission zum Vorschein gekommen sei, weil man glaube, daß wenn Deutschland freiwillig Pfänder annehmen werde, Poincaré sich damit zufriedengeben würde. Man glaubt, daß, wenn eine Lösung gefunden würde, die sowohl von Deutschland als von Frankreich angenommen würde, England sich ihr nicht verschließen könnte.

Der „Temps“ betrachtet es bereits als feststehend, daß sie in den Verhandlungen mit Reichstanzler Dr. Wirth und Reichsfinanzminister Dr. Hermes sich bemühen werden, durchzugehen, daß im Zusammenhange mit dem neuen Moratorium, das am 15. 8., 15. 9., 15. 10., 15. 12. 1922 beschränkt werden sollte, Deutschland produktive Pfänder liefert, was einen ehrenvollen Beitrag der Reparationskommission ermöglichen würde.

Die Abordnung der Reparationskommission in Berlin.

Berlin, 21. August. (Von unserem Berliner Büro.) Die beiden Mitglieder der Reparationskommission Bradbury und Maucere sind gestern abend in Berlin eingetroffen und im Hotel Esplanade abgestiegen. Der englische Kommissar John Bradbury hatte sogleich eine längere Besprechung mit dem Berliner englischen Botschafter. Leber den Termin der ersten Besprechung mit der Reichsregierung steht vorläufig noch nichts fest. Heute vormittag findet noch einmal eine Besprechung statt, sodann die Reichsregierung dann in der Lage ist, den Mitgliedern der Reparationskommission alle Auskünfte zu geben, die sie verlangen.

Aus Paris wird berichtet, daß Poincaré noch gestern abend eine Unterredung mit dem Vorsitzenden der Reparationskommission Dubois hatte. In den Pariser Blättern wird übereinstimmend betont, daß die Pläne Poincarés nach wie vor feststehen und daß keinerlei Änderungen dafür vorhanden sind, daß er von seinem Programm abzuweichen würde.

Poincaré will seine Politik „begründen“.

Paris, 19. Aug. Ueber die Rede, die Poincaré morgen in der Versammlung der außerordentlichen Tagung des Generalkonvents hält, schreibt das „Echo de Paris“: Morgen wird Poincaré die neue die Reparationspolitik der französischen Regierung bekräftigen. Er wird diesem öffentlich seinen Entschluß mitteilen, Deutschland nur gegen die Verpfändung der Raubgüter und gegen die Ruhrgebiet und der Domänenwälder auf dem linken Rheinufer ein Moratorium zu bewilligen. Er wird auch seinen Entschluß zum Ausdruck bringen, sich nicht durch Kompromisse aufhalten zu lassen, an denen im Augenblick die Reparationskommission arbeitet, wenn diese Kompromisse hinter dem Minimumprogramm zurückbleiben, das er in den letzten Tagen der Konferenz von London sich zu eigen machte. Endlich wird er zweifeln lassen, daß er eventuell nicht zögern werde, zu den strengsten Sanktionen gegenüber dem widerspenstigen Schuldner überzugehen.

Die französische Handlungsfreiheit.

Paris, 20. Aug. Zur Reise der beiden Delegierten der Reparationskommission nach Berlin schreibt der „Petit Parisien“ offenbar inspiriert: „Das Borgehen der Reparationskommission hat den Zweck, zu erfahren, welche produktiven Pfänder man in Deutschland nehmen kann. Wenn die Reparationskommission sich ausschließlich auf die Frage des von Deutschland verlangten Moratoriums beschränken will, ergeben sich zwei Möglichkeiten: Entweder werden die Verhandlungen dazu führen, daß man keine annehmbaren Pfänder für die Bewilligung eines Moratoriums findet; in diesem Fall wird es sicherlich von der Mehrheit der Reparationskommission abgelehnt werden. Oder aber die Verhandlungen werden zu einer Kombination führen, die die Reparationskommission für annehmbar hält; dann wird die Handlungsfreiheit dementsprechend treffen. Die Regierungen, die diese Handlungsfreiheit vorbehalten haben, insbesondere Frankreich, das sein Programm aufrecht erhalten hat, werden sich alsdann vor die Entscheidung der Reparationskommission gestellt sehen, ob sie glauben bestmöglichen zu können, daß, wenn eine zu Gunsten eines Moratoriums getroffene Entscheidung nicht die von Frank-

reich verlangten Pfänder enthält, wenn sie im Gegenteil Kompromisse in sich schließt, die vom französischen Standpunkt als unannehmbar angesehen werden, die französische Regierung sich für berechtigt halten wird, demgemäß zu handeln.“

Frankreich vor einer neuen Etappe.

EP. Paris, 18. Aug. Zu den Gerüchten über eine wirtschaftliche Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland bemerkt heute der „Intransigent“, der im übrigen mit einer gewissen Benützung von der Beunruhigung in der englischen Presse über diese Gerüchte spricht, daß es voraussichtlich nicht überraschen würde, wenn gewisse deutsche Staatsmänner sich Frankreich näherten und über ein direktes Abkommen zu verhandeln versuchten. Die enttäuschten Hoffnungen auf die deutschen Verzögerungen erleichterten diese Absicht und es würde nur natürlich sein, wenn Deutschland sich an seinen Hauptgläubiger wenden würde. Frankreich, das vor einer neuen Etappe steht, habe zwei Wege vor sich, die es wählen könne. Dies sei der Erwägung wert und glücklicherweise hätten die Ereignisse Frankreich die Hände freigemacht.

Zu dieser Aeußerung des „Intransigent“ ist zu bemerken, daß die englische Presse durchaus keine Beunruhigung gezeigt hat, sondern die Gerüchte nur als einen Versuchsballon wiedergegeben hat.

Kontinentalpolitische Pläne.

EP. London, 19. Aug. Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ erfährt von einem französischen Politiker, daß die Beziehungen nach wirtschaftlicher Annäherung, die bei Herabsetzung der Verzinsung zu einer Beteiligung der französischen Industrie an der deutschen Industrie führen soll, von der radikalen Seite ausgehen, die es auch durchgesetzt habe, daß der Versuch in London gemacht wurde, diese Beteiligung in London als Bedingung für das Moratorium zu erreichen. Obwohl Poincaré der Mission Herriots offiziell ganz ablehnend gegenüberstehe, sei es doch möglich, daß sich letzter Endes herausstelle, daß Herriots Mission genau so offiziell sei wie Franklins Bouillons Mission in Argona. Der französische Gewerksmann erinnert daran, daß Herriot und Franklins Bouillons zu den politischen Freunden Colquhoun's gehören, der sich politisch wieder zu regen beginnt und dessen Belmottin vom Kontinentalblock von gewissen Deutschen und französischen Publizisten und Industriellen übernommen worden sei, und warnt England davor, durch seinen Widerstand gegen Poincarés Politik die Pläne der Radikalen zu unterstützen, die die Entente durch eine Kontinentalpolitik ersetzen wollten.

Herriot als Wortführer der französischen Industrie-Interessen.

Paris, 18. August. Seit ungefähr vierzehn Tagen steht sich das Organ der französischen Industrie- und Finanzkreise, „L'Information“, deren politischer Ratgeber der Deputierte Herriot ist, für die Antinzipation von Verhandlungen mit den Sowjets ein. Das Blatt veröffentlichte unlängst eine französische Ausführungsstatistik nach Osteuropa, die sehr starke Rückschlüsse gegenüber vorangegangenen Ausweisen zeigt. Als Hauptursache dieses Rückganges bezeichnet Herriot in einem Artikel das „nachlässige Handeln der Regierung in der russischen Frage.“ Auf die Haager Konferenz zurückkommend, schrieb Herriot, daß der französische Delegierte Alphand im Haag zwar die französischen Befürworter russischer Wertpapiere verteidigt habe, doch nicht die französische Industrie, deren Schädigung sich infolge des Rapallo-Vertrages und des handels-Abkommens der Sowjetregierung mit England geradezu katastrophal gestaltet. Da Herriot die bedeutendsten Industriezentrale des Bonner Wahlkreises vertritt, als Organisator der Bonner Reisen an dem Ausschussung des Außenhandels nach dem Osten starkes Interesse hat, so kennzeichnete sich die Aufforderung dieses einflussreichen Deputierten (der bekanntlich die blockfeindliche Liga der linksrepublikaner leitet) durch eine unverkennbare politische Tragweite. Herriot macht der Regierung den Vorwurf, daß sie sich über das Ergebnis der Haager Konferenz nicht habe interpellieren lassen. Aus den Mitteilungen der „Information“ über Herriots Plan, mit Vertretern der Moskauer Sowjets in Freiburg zusammenzutreffen, läßt sich erkennen, daß die mittelfranzösischen Industriezentrale eine Antinzipation der handelsbeziehungen mit Rußland gerne sehen würden. Hauptächlich schwebt ihnen, wie „L'Information“ hervorhebt, die Förderung des Handels mit Rußland via Polen, mit der Seeverbindung über Danzig, vor. Zwei bedeutende französische Schiffahrtsgesellschaften sind daher an französisch-russischen Handelsbeziehungen stark interessiert. Im Grunde genommen, kennzeichnet sich die Propaganda verschiedener Industrieorgane für den Handel mit Rußland durch eine antienglische Tendenz. Es wird darauf hingewiesen, daß die Engländer das Geschäft machen, während Frankreich aus politischen Gründen eine Beeinträchtigung eigener Handelsinteressen für besser hielte. Gegen eine Fortsetzung derartiger Irrtümer wird in „Die Industrielle“ Front gemacht.

Die mittelfranzösischen Industrie ist laut „Information“, stark exportbedürftig. Sie ist imstande, Textil- und Eisenwaren in großen Mengen zu liefern. Von Bedeutung für Rußland wäre die Konsumindustrie, deren Absatzgebiet sich in Mitteleuropa sich ebenso verringert hat, wie in England und Spanien. Wenn es den Sowjet wirklich ernst wäre, mit Frankreich, bezüglich mit den Industriellen Vereinbarungen zu treffen, so müßte, nach Meinung der „Information“, das russische Regierungsmonopol für den Import entsprechend abgedindert und das Exportmonopol den Umständen angepaßt werden, da es sich in vielen Fällen um einen Gütertausch handeln würde. Daß Herriot als Wortführer der französischen Industrie nach Freiburg kommen würde, giebt „Information“ offen zu. Die innenpolitische Bedeutung der Herriot'schen Mission liegt insofern klar, da Herriot wahrscheinlich im Einverständnis mit Poincaré handelt.

Der englisch-französische Gegensatz.

EP. Paris, 19. August.

Die Londoner Konferenz hat nicht einmal einen faulen Kompromiß gebracht. Aber unter den heutigen Umständen ist zwischen den Alliierten selbst ein Kompromiß schon schwer zu bewerkstelligen, denn es handelt sich um einen Ausgleich der Auffassungen zwischen den Siegerationen, die sich diametral gegenüberstehen hinsichtlich der Haltung gegenüber Deutschland. Die bisherige Kompromißpolitik bestand meistens darin, daß England, obwohl es einseh, daß das Festhalten am Friedensvertrag für die wirtschaftliche Wiederherstellung Europas verhängnisvoll ist, stets den französischen Drohungen gegenüber nachgab und diese höchstens zu demüthigen verstand.

Der Grund für das Scheitern der Konferenz ist, abgesehen von dieser Zuspitzung des französisch-englischen Gegensatzes, natürlich in erster Linie der Umstand, daß man den Gaul hinter den Wagen gespannt hat, daß man sich ausschließlich auf die Frage des Moratoriums beschränkt und die große prinzipielle Frage der Regelung der Reparationen überhaupt nicht berührt hat. In England sagt man, daß das eine Folge der Note Balfours sei. Es heißt, daß Poincaré einen viel umfassenderen Plan zur wirtschaftlichen Regelung ausgearbeitet hatte, der in erster Linie auf der Annulierung der französischen Schuld an England basierte. Dieser Plan Poincarés ist, wie es z. B. der Manchester Guardian ausdrückt, durch die Note Balfours torpediert worden, in der sich England auf den Standpunkt stellte, daß es nicht mit einer getrennten Behandlung der interalliierten Schuldfrage sich einverstanden erklären könne. Die Aufnahme dieser Note ist recht „merkwürdig“ gewesen. Obwohl England zweifellos auf einen guten Teil seiner Forderungen in dieser Note verzichtet, obwohl es den Weg aus dem Chaos zeigt, wird Lloyd George von seinen Begnern heftig angegriffen. Im Unterhaus von Asquith, außerhalb des Parlaments u. a. von Grey und von einem Teil der Presse. Man tadelt, daß die Note in Amerika böses Blut mache, da sie dort als Aufforderung ausgelegt werde, sich doch nicht weniger edelmütig als England in der Schuldfrage zu zeigen; vor allem aber tadelt man, daß man Frankreich an seine Schuld-erinnere, anstatt durch direkte Verhandlungen zu einem Verständnis zu kommen. Etwas Wahres ist an dieser Kritik insofern, als die Note, da sie nur eine Mittelung und nicht die Grundlage bereits eröffneter Verhandlungen ist, die Gefahr mit sich bringt, daß das eigentliche Angebot mit der Zeit vergessen wird und nur die Mahnung an die Schulden im Gedächtnis bleiben wird, daß also die Franzosen das Argument der Note, daß England Ansprüche auf Bezahlung erhebt, solange es selbst zahlen muß, für sich in Anspruch nehmen werden, um ihre Haltung gegenüber Deutschland zu rechtfertigen. Dieses Argument ist ganz angerechtfertigt, denn wer die Note Balfours kennt, weiß, daß der Weg nach einer vollkommenen Annulierung der europäischen Schulden an England nicht abgeschnitten ist, selbst für den Fall, daß England, Amerika bezahlen muß. Lord Grey mußte dies in seiner scharfen Kritik zugeben, als er, wenn auch für die Regierung in sehr wenig liebenswürdiger Form sagte, daß die Politik der Balfoursnote nicht als endgültige Politik Englands zu betrachten sei. Es war wenig verständlich von den Begnern Lloyd Georges gehandelt, den Franzosen Wasser auf ihre Räder zu gießen, zumal sie doch im Grunde daselbe wollten wie Lloyd George, und selbst erklärt haben, daß sie nicht für nichts die Schulden annullieren würden, selbst nicht die letzten 850 Millionen Pfund Sterling, auf die in der Note noch Anspruch gemacht wird.

Es ist möglich, daß die Note Balfours Poincaré beeinflusst hat, den umfassenderen Plan beiseite zu legen und nur mit einem Entwurf von Garantien für ein Moratorium nach London zu kommen. Aber das geschah nicht, wie liberale englische Blätter schreiben, weil die Note den größeren Plan „torpediert“ hat, sondern eben, wenn Poincaré wußte, daß sein großer Plan keinen Erfolg haben würde, weil er in keinem Fall die Absicht hatte, die in dieser Note zum Ausdruck kommende Bedingung einer Aenderung der Politik Frankreichs zu erfüllen. Der Geist, der aus Poincarés Vorschlägen in London spricht, steht sicherlich in scharfem Gegensatz zu der Note Balfours. Es wäre nicht anders gekommen, wenn die Note vor der Konferenz nicht veröffentlicht worden wäre. Die Franzosen sind Realpolitiker und nicht mit schönen Worten zufrieden, wie Grey zu glauben scheint. Wenn er in seinem Angriff gegen Lloyd George erklärt, daß die öffentliche Meinung in Frankreich den Tatsachen ins Auge sehen müsse, dann will er eigentlich nichts anderes als Lloyd George, der durch die Note Balfours dazu beigetragen hat, daß die nackten Tatsachen deutlicher zu den Franzosen sprechen. In Frankreich sieht man das sehr wohl ein, macht jedoch von der englischen Kritik nur Gebrauch, um für die eigene Politik Propaganda zu machen. Man teilt dem französischen Publikum die Angriffe gegen die Form und die Taktik, nicht aber den im wesentlichen mit der englischen Regierungspolitik übereinstimmenden Standpunkt der englischen Kritiker mit. Hierin liegt die Gefahr für Europa, daß Frankreich noch glaubt, daß es für seine Gewaltpolitik heute noch die Unterstützung der englischen Konservativen hat. Dieser Glaube hat zu dem Zusammenbruch der Konferenz geführt, den vermutlich niemand weniger bedauert als Lloyd George selbst, — nicht weil er den Bruch will, sondern weil er fühlt, daß die Franzosen sich erst darüber klar werden müssen, daß die europäische Politik, die er heute mit Rücksicht auf das wirtschaftliche Chaos und mit Rücksicht auf die amerikanischen Bedingungen verfolgt, die Politik nahezu ganz Großbritanniens ist.

Der amerikanische Gläubiger.

Ep. London, 19. Aug. Der New Yorker Korrespondent der Times berichtet, daß der bekannte Bankier Johnston gestern erklärt habe, die gegenwärtigen wirtschaftlichen Bedingungen in Europa...

Parmentiers Mißerfolg.

WB. Paris, 19. August. 'Ere nouvelle' schreibt: Die Mission Parmentiers endet praktisch mit einem Mißerfolge. Millerand sah richtig, als er die Entscheidung, diesen Beamten des Finanzministeriums nach Washington zu senden, kritisierte.

Oesterreichs Verzweiflung.

Neuorientierung der österreichischen Außenpolitik. EP. Wien, 18. August. Aus parlamentarischen Kreisen erhalten wir folgende interessante Darstellung der Auffassung maßgebender politischer Kreise zur gegenwärtigen Lage: Der Vertrag von St. Germain hat zwischen den beiden vertragschließenden Teilen unzulänglich gegenseitiges Verpflichtungsverhältnis geschaffen.

WB. Wien, 20. August. Bundeskanzler Dr. Seipel und Finanzminister Segar sind heute abend in Begleitung des Gesandten Dr. Müller nach Prag abgereist, wo am Montag die Besprechungen mit dem tschechoslowakischen Ministerpräsidenten...

WB. Wien, 19. August. Der Bundeskanzler wird auf seiner Reise nach Prag und Berlin von dem Finanzminister begleitet werden. Die Nachrichten über einen von den Banken der Regierung gemachten Milliardenanleihe entsprechen nicht den Tatsachen.

Aktive Anschließpolitik!

WB. Wien, 19. Aug. Der Bundeskanzler Seipel hat gestern und heute die Vertreter der Entente empfangen, um sie auf die durch den Ausgang der Pariser Konferenz geschaffenen Lage aufmerksam zu machen. Durch die neuerliche Verweisung der österreichischen Kreditaktion an den Völkerbund...

Berliner Montagpost bemerkt dazu, der Beschluß des österreichischen Bundeskanzlers könne nach dem Scheitern aller Hoffnungen Oesterreichs, die auf die Entente gesetzt waren, kaum noch eine andere Bedeutung haben, als daß Oesterreich eine aktive Anschließpolitik beginnen wolle.

Pressstimmen.

WB. Wien, 19. Aug. Die Abendblätter schreiben, die gesamte österreichische öffentliche Meinung werde die Entschlossenheit begrüßen, mit der die Regierung endlich die österreichische Frage unter Beseitigung aller bisher geübten Rücksichten vor das europäische Forum bringe.

der österreichischen Regierung sei der Beweis für den festen Willen, nichts zu unterlassen, was das Land vor dem ökonomischen Zusammenbruch bewahren könne.

Die 'Neue Freie Presse' erklärt: Der Besuch Dr. Seipels in der Hauptstadt des Deutschen Reiches stellt eine umfassende Gemeinschaft der Interessen und den engen Zusammenhang dar, der zwischen Nachbarstaaten besteht, die von Nationen bewohnt sind, in denen eine Sprache ertönt, Nationen, in denen sich Denken und Fühlen begegnen.

WB. Salzburg, 19. Aug. Der Bundespräsident Hainisch hat die Grundsteinlegung des neuen Festspielhauses beigesteuert. Er hielt dabei eine Ansprache, in der er den festen Glauben an die Zukunft Oesterreichs ausdrückte, und die Erwartung aussprach, daß bald die Sonne die Wolken, die sich heute über Oesterreich drohend anhäufeln, durchbrechen möge.

Abschluß der Verhandlungen zwischen dem Reich und Bayern.

□ Berlin, 21. August. (Von unserem Berliner Büro.)

Western vormittag fand in der Reichskanzlei noch einmal eine Besprechung zwischen den zuständigen Mitgliedern der Reichsregierung und den bayerischen Delegierten statt. Wie verlautet, haben die Erklärungen der Reichsregierung die bayerischen Minister 'durchaus befriedigt' und es soll eine Einigung erzielt worden sein.

Die Berliner Verhandlungen sind damit abgeschlossen. Bereits gestern abend reisten die beiden Minister Schweger und Gärner nach München zurück, um ihrer Regierung und den Fraktionen über das Ergebnis der Beratungen Bericht zu erstatten. Der Ministerrat in München wird schon heute seine Entscheidungen treffen.

Ein Schreiben Lerchenfelds an Wirth.

Berlin, 19. Aug. (Pr.-Tel.) Nach der 'Vossischen Zeitung' hat heute der hier eingetroffene bayerische Minister des Innern Dr. Schweger dem Reichskanzler ein Schreiben des bayerischen Ministerpräsidenten übergeben, in dem dieser dem Bunde Ausdruck gibt, daß gewisse Detailbestimmungen der Vereinbarungen, welche dem Staatsgerichtshof betreffen, mit den Vertretern der Reichsregierung noch einmal besprochen werden, um eine völlige Klarstellung herbeizuführen.

Staatshoheit und Reichseinheit.

§ München, 20. Aug. Das bayerische Regierungsorgan, die 'Staatszeitung', nimmt heute in bemerkenswerter Weise zu den Streitfragen zwischen Bayern und dem Reich an der Spitze des Staatsschieds. Sie stellt hierzu u. a. fest, daß die Meinungen auch bei den letzten Auseinandersetzungen in Bayern nur darüber auseinandergegangen, ob die in dem Berliner Protokoll festgelegten und durch mündliche Erklärungen ergänzten Berliner Abmachungen den Staatshoheitsrechten Bayerns und seinen Hoheitsrechten in genügendem Maße Rechnung trügen.

Die Pfalz und die neue bayerische Krise.

WB. Ludwigshafen, 19. Aug. Das Organ der Pfälzischen Sozialdemokratie, die 'Pfälzische Post', hält zwischen der Regierung Bayerns und der Reichsregierung eine Verständigung für möglich, nicht aber zwischen der Reichsregierung und den rechts- und republikanischen Reichsradikalen in Bayern. Vorsehlich die Regierung Versehenfeld von diesen ins Schleppland nehmen, so zerstöre sie damit selber die hoffnungsvollen Ansätze einer Einigung, die das Berliner Protokoll brachte.

Abg. Wels zur Lage.

□ Berlin, 20. Aug. Der Reichstagsabgeordnete Brandenburg der Sozialdemokratischen Partei hielt am Sonntag seine Tagung im Abgeordnetenhause ab, auf der der Vorsitzende der SPD, Wels, einen ausgedehnten Bericht über die innere und äußere Lage des Reiches gab. Er führte u. a. aus:

Unsere innerpolitische Lage ist bestimmt durch die letzten außenpolitischen Vorgänge, durch die Londoner Konferenz und durch die erfolglos gebliebenen Versuche, uns ein Voratorium zu verschaffen. Diese fehlschlagenen Besprechungen haben uns politisch tiefe Not gebracht und es ist kein Wunder, wenn unser Barometer, die Welt, auf Sturm steht.

Die Schritte auf Rathenau, die die Besetze zum Schutze der Republik notwendig machten, haben in Bayern eine so starke Reaktion ausgelöst, daß die bayerische Regierung der Reichsregierung offenen Kampf ansetzte. Nur aus außenpolitischen Gründen hat die Reichsregierung der bayerischen Regierung gegenüber eine so große Nachgiebigkeit bewiesen.

In den verflochtenen Verhandlungen hat unsere Partei der Reichsregierung gegenüber den Standpunkt vertreten, daß sie vor Bayern diesmal nicht zurückweichen dürfe. Ich bedauere es, daß wichtige Gründe außenpolitischer Natur uns zwingen, den Kampf

gegen Bayern, der doch einmal kommen mußte, zurückzustellen. Wir wünschen diesen Kampf nicht, und nur die äußerste Notlage zwingt uns dazu. Wir erheben keinen Widerspruch gegen die Abmachungen mit der bayerischen Regierung, weil wir die Zerschlagung des Reiches nicht verurteilen wollen. Aber wir erklären, daß die bayerische Reaktion gewarnt ist und es wäre lieber, wenn Versehenfeld nicht mehr die Kräfte für die Ruhe und die Wähler abgeben würde. Die bayerische Reaktion baut auf die Popularität der Maßnahmen der Reichsregierung. Ein Hochverräter ist aber der, der Bestrebungen unterstützt, die zum Zerfall unserer Bundes führen müssen.

Wels rechnet dann scharf mit den Kommunisten ab, deren doppelte Haltung vor und nach der Ermordung Rathenaus er bemerkt. Er die 'Rote Fahne', geschrieben von offiziellen russischen Redakteuren für die Londoner Verhandlungen Rathenaus las, der Inhalt mit dieser und dem Inhalt des Herrn Wulle eine wunderbare Übereinstimmung feststellen. Während sie mit uns über die Abmachungen verhandeln, beschimpfen uns die Kommunisten von der Tribüne des Reichstags aus in der gemeinsten Weise. Deshalb trat die SPD. an die USF. heran und bot ihnen eine Arbeitsgemeinschaft an. Unsere Partei hätte schließlich lieber den Kampf fortgesetzt, und auch die USF. hätte vielleicht nicht missgünstig auf die SPD. eingewirkt, wenn sie nicht am Ende ihrer Kraft gewesen wäre, aber wir hätten kein Interesse daran, eine Arbeiterpartei vor den Augen der bürgerlichen Parteien und der ganzen Welt zusammenbrechen zu lassen. So aber können wir im Parlament nie auftreten, mit der Sozialdemokratie es sonst nie vermocht hätten. Der Zusammenschluß der bürgerlichen Parteien würde den Kampf im Parlament vereinfachen und dies würde den Rassen drohen zeigen, wo der Feind steht.

Deutsches Reich.

Um die außenpolitische Einheitsfront.

WB. Berlin, 19. Aug. Der Arbeitsausschuß deutscher Verbände, in dem gegen 600 kulturelle, politische und wirtschaftliche Verbände der verschiedensten politischen Richtungen zum Kampfe gegen die Abgabe von Deutschlands alleiniger Verantwortung für den Weltkrieg mit dem Ziele der Revision des Versailler Diktates zusammengekommen sind, gibt am 19. August die Erklärung ab, daß sie sich als Einheitsfront der deutschen Verbände unter jeder zur Wahrung des deutschen Rechtes gegen fremde Vergewaltigung entschlossenem Organisation stellen. Der Arbeitsausschuß deutscher Verbände erneuert, daß die Reichsregierung den immer erneuten Versuchen, das deutsche Volk unter dem Vorwand seiner alleinigen Verantwortlichkeit für den Krieg wirtschaftlich und politisch zugrunde zu richten, nachdrücklich Widerstand leistet und zur Wahrung der Ehre und des Lebens des deutschen Volkes entschlossen allen Forderungen entgegentritt, die Deutschland die Lebensmöglichkeit nehmen.

Die S. P. D. schießt Lentsch aus.

Berlin, 20. Aug. (Pr.-Tel.) Der frühere Abgeordnete und jetzige Chefredakteur der 'Deutschen Allgemeinen Zeitung', Paul Lentsch, ist durch Beschluß des Bezirksvorstandes für Brandenburg aus der Sozialdemokratischen Partei ausgeschlossen worden.

□ Berlin, 21. August. (Von un. Berliner Büro.) Schwedische Blätter melden, daß Deutschland infolge seines katastrophalen Marktes genötigt ist, seine früher getätigten Weizenkäufe in Nord- und Südamerika zu annullieren, da die hierfür vorgesehene Botschaft für Zahlungen an die Entente dringend gebraucht werden.

WB. Berlin, 19. Aug. Die Einigung über die Erhöhung der Löhne für die Arbeiter bei der Reichsverwaltung und in den Reichsbetrieben ist heute abend zustande gekommen. Die Lohnserhöhung beträgt bei mehr als 24-jährigen Arbeitern im allgemeinen in der Obergrenze 11 Mark in der Stunde, bei mehr als 24-jährigen Arbeiterinnen in derselben Obergrenze 7.25 Mark in der Stunde.

Baden.

Frau Unger bleibt U. S. D.

In der gestrigen Sitzung des badischen Landtags wurde die Abg. Frau Unger mit, daß sie nach wie vor als Vertreterin der USF. fungiere.

WB. Offenburg, 19. Aug. In der Werdacher Erbsenherbe vom Staatsgerichtshof Landgerichtsrat Eggler zum Untersuchungsrichter ernannt. Der Staatsanwaltschaft Offenburg wurde die Behandlung des Falles überlassen. Eggler führte bereits im letzten Prozeß die Voruntersuchung.

Bayern und die Pfalz.

Die Getreidemlage in der Pfalz.

§ München, 19. Aug. Die USF. hat im bayerischen Reichstag nachfolgende kurze Anfrage eingebracht: Preßmitteilungen zufolge hat der Aktionsausschuß der landwirtschaftlichen Organisationen der Pfalz gelegentlich einer von der pfälzischen Regierung einberufenen Versammlung folgende Erklärung abgegeben: 'Der Aktionsausschuß der drei landwirtschaftlichen Organisationen der Pfalz nimmt heute Kenntnis von den Entschlüssen der Obergrenzen, daß kein Landwirt gewillt ist, im Falle der Veranlassung, Getreide abzugeben. Der Aktionsausschuß sieht sich daher veranlaßt, die Regierung zu erklären, daß seine landwirtschaftlichen Organisationen in der Lage ist, an der Durchführung der Getreidemlage mitzuwirken. Der Aktionsausschuß erhebt ferner zur Beschlusse, daß er mit aller Entschiedenheit gewillt ist, seine Zwangsmaßnahmen gegen die Landwirte von der Regierung zu dulden und daß er den Schicksal der Landwirtschaft organisiert.' Wie der Vertreter der Landesregierung der Pfalz erklärte, ist das Uferloos für die pfälzische Landwirtschaft von 125 000 Doppelzentnern auf 82 000 Doppelzentner herabgesetzt worden. Trotz dieser Herabsetzung werden die pfälzischen landwirtschaftlichen Organisationen laut vorstehender Erklärung jeder Zwangsmaßnahme der Regierung Widerstand entgegenzusetzen. Ist die Staatsregierung bereit, diesem gegenwärtigen Treiben Einhalt zu tun und was gebietet sie für Maßnahmen zu ergreifen?

Die Teuerung in der Pfalz.

§ München, 20. Aug. Auf eine kurze Frage der pfälzischen Abgeordneten Bühler und Dr. Hammerlind (Dem.) wegen der außerordentlichen Teuerung in den pfälzischen Reichstagsbezirken des Saargebietes hat Ministerpräsident Graf Berchthold folgende Antwort erteilt:

Der bayerischen Regierung ist bekannt, daß die außerordentliche Teuerung im Saargebiet, der seitliche legale Grenzgebiet zwischen diesem Gebiet und dem angrenzenden Teile der Rheinpfalz sowie der Grenzschmelze auch in der Westpfalz eine außerordentlich hohe Teuerung hervorgerufen haben. Hierunter leidet ein wesentlicher Teil der Bevölkerung, besonders die amtierende Amtenschaft. Die hohen Löhne, die von der Industrie bezahlt werden, insbesondere dem Bergwerke des Saargebietes, werden, haben der Westpfalz eine große Anzahl von Arbeitern im Wege, die täglich oder wöchentlich ihre neuen Arbeitsstellen im Saargebiet aufsuchen oder in der Westpfalz neuen Stellen suchen, durch die Wiederherstellung verwaister Arbeitsstätten in der Westpfalz ermöglicht werden. Die bayerische Regierung hat dabei bei den pfälzischen Reichstagen die Ergründung von Maßnahmen an dem Westpfalz ergründen wollen. Sie hat ferner an dem Reichsfinanzministerium das dringende Ersuchen gerichtet, sich eine Sondererhebung der Feldsteuer vorzunehmen, welche die Teuerung der Beamten des Grenzgebietes in die Wege zu leiten. Selbständige Maßnahmen auf dem Gebiete des Saargebietes sind der bayerischen Regierung infolge der Abgrenzung des Gebietes nicht möglich.

Wirtschaftliche Fragen.

Erhöhung der Buchdruckerlöhne.

BB. Berlin, 19. Aug. Der Tarifausschuß der Deutschen Buchdrucker hat nach zweitägiger Beratung die Löhne der Buchdrucker im Anbetracht der fortschreitenden Teuerung um 500 und vom 1. September ab um weitere 300 Mark erhöht. Diese Löhne bei weitem höchste Erhöhung, zusammen mit den bedeutend gestiegenen Kosten des Druckgewerbes, erfordert eine Erhöhung der Druckpreise um 60 Prozent, die am 21. August in Kraft tritt. Das neue Lohnabkommen ist auf vier Wochen abgeschlossen.

Beendigung des Frankfurter Buchdruckerstreiks.

BB. Frankfurt a. M., 20. Aug. Der Streik im graphischen Gewerbe ist beendet. Die Arbeit wird heute bezw. Montag früh wieder aufgenommen. Die Zeitungen erscheinen wieder.

Folgen der Geldentwertung.

BR. Gammersbach, 19. Aug. Die Folgen der durch das Scheitern der Londoner Verhandlungen und der Ablehnung des Reparationsherausgerufenen starken Geldentwertung machen sich in allen Erwerbszweigen immer mehr bemerkbar. So wurden in Gammersbach die Arbeiten an dem Bau einer großen Filmfabrik und an dem Neubau des Verwaltungsgebäudes der Firma Steinmüller eingestellt und mehrere hundert Arbeiter entlassen. Ferner wurde der geplante Neubau eines neuen Krankenhauses aufgegeben und die Fortführung der Arbeiten am Lyzeum ist in Frage gestellt. Die Ursache ist die rasende Geldentwertung, deren Folgen sich auch in der Landwirtschaft zeigen. In Stromberg beabsichtigen die Kleinbauern ihr Getreide künftig wieder mit dem Pflafer zu Dreschen, da die Kosten bei der Benutzung der Dreschmaschinen ungeheuerlich geworden sind.

Städtische Nachrichten.

Allgemeiner Schuhmachertag in Mannheim.

Am Sonntag vormittag fand in der Turnhalle in der Prinz-Wilhelmstraße als Einleitung des 17. ordentlichen Verbandstages des Bundes deutscher Schuhmacher - Innungen ein allgemeiner Schuhmachertag statt, zu dem als Vertreter der badischen Regierung Regierungsrat Bucerius, als Vertreter der Mannheimer Stadtverwaltung Stadtrat Groß und einige Vertreter aus der Pfalz und dem Saargebiet, Gäste aus der Schweiz und der Vorstand der hiesigen Schuhmacher - Innung erschienen waren. Nach einer kurzen Begrüßungsansprache des Verbandsvorsitzenden B. Scheel-Berlin übernahm Regierungsrat Bucerius die Grüße der badischen Regierung, wobei er eindringlich darauf hinwies, daß der badische Staat wohl des Wertes und der Bedeutung des Handwerks für den gesamten Staat und dessen Wirtschaftsleben gewacht sei, und daß es sich um die Wahrung eines so vornehmlichen Auftrages handele, das Handwerk zu schützen und zu fördern. Im Namen der Mannheimer Stadtverwaltung gab Stadtrat Groß der Freude Ausdruck, daß die Schuhmacher aus dem ganzen Reiche in unserer Stadt versammelt sind. Vertreter der Pfalz und des Saargebietes betonten ihre unerschütterliche Treue zum Reich und den festen Willen, in ständiger Arbeit innerhalb des Bundes deutscher Schuhmacher-Innungen am Wiederaufbau unseres Vaterlandes mitzuwirken. Nach der Vorlesung der Mannheimer Schuhmacherrinnung durch Stadtrat Groß, die Grüße der Innungsvorstände übernahm, wurde in die umfangreiche Tagesordnung eingetreten. Die verschiedenen Referate über die Lage im deutschen Schuhmachergewerbe brachte.

Zunächst sprach der Vorsitzende des pfälzischen Schuhmacherverbandes, Johann Müller, über Lebensfragen des deutschen Schuhmachergewerks. In seinen von vieler Sach- und Sachkenntnis getragenen Ausführungen bezeichnet der Redner eine harte, alleseitig ausgebaute Konkurrenz für die beste Stütze des Handwerks in allen Ländern sei es ferner zu erreichen, das Handwerk zu einer geschlossenen Wirtschaft zu entwickeln und durch eigene Selbsttätigkeit und Arbeit das alte Standesbewußtsein wieder zu beleben. Zu diesem Zweck sei es erforderlich, daß Meister- und Gesellenorganisationen einander unterstützen, selbst wenn in manchen Fragen und Angelegenheiten der neuzeitlichen Wirtschaft die Anschauungen beider Gruppen auseinandergehen.

Das deutsche Schuhmachergewerbe wird von der neuen Zeit vor bedeutendsten Aufgaben gestellt. Zuerst muß es seine Organisation ausbauen und stärken, sodann das Maß der sachlichen Führung seiner Glieder immer mehr zu heben und zu entwickeln. In der Tat ist ihm offen gehalten, auf dem ihm die fabrikmäßige Schuhmacherei nicht folgen könne, die Schaffung von Schuhwerk für Haus und verträglichste Maße, die jedes individuelle Arbeitsergebnis nur der mit Fußgedrücken Behaltete aber sollte den Hauptwert auf gute Schuhwerk legen, auch jeder andere, wenn er nicht der Schuhfabrikant und der Mode seine Kräfte opfern und vernachlässigen lassen will. Als dritte Aufgabe des Berufes fordert die heu-

tige Zeit von den einzelnen Schuhmachern, sich auch genossenschaftlich zusammenzuschließen, um dadurch am besten der Konkurrenz des Großbetriebes widerstehen zu können.

Nach dem mit reichem Beifall aufgenommenen Vortrag hielt Syndikus Dr. Schild ein kurzes Referat über

Zweck und Ziele des Reichsverbandes.

das mit manchen spitzen Ablagen an Großindustrie und sozialistische Gewerkschaften gewürt war. Diese beiden gegen den deutschen Handwerkerstand die einen um ihn aufzulösen, zu kapitalisieren, die anderen, um ihn zu vernichten und zu proletarisieren. Der Redner spricht sich sehr für das neue Handwerksgesetz aus, von dem er endlich eine Vereindeiligung der Organisation und eine wahrhaft berufständige Arbeitsgemeinschaft erhofft.

Zum Schluß der Tagung machte Verbandssekretär Herbach noch einige Mitteilungen über den gegenwärtigen Stand der Organisation, die jetzt 68 000 Mitglieder zählt, die auf 800 Innungen entfallen. In Deutschland gibt es dagegen 300 000 selbständige Schuhmacher, so daß noch viel Arbeit zu tun bleibt, um sie alle in einer Organisation zusammenzuschließen. Nach einigen weiteren Ausführungen über Preisbildungsfragen wurde die Sitzung geschlossen.

Abends fand in der Turnhalle ein Festkommers statt, der von der hiesigen Schuhmacherrinnung gegeben wurde.

* **Ernannt** wurden Polizeimeister Ernst Schmidt-Eberlein zum Gendameriedistriktkommandeur in Mannheim und Stadt-Oberrechnungsinspektor Karl Boelter aus Mannheim zum Verwaltungsspektor beim Arbeitsministerium.

* **Bereitet** wurde Verwaltungsreferat Hans Bodmer vom Bezirksamt Mannheim zum Bezirksamt Adelsheim.

* **Die Gebäudeschäden** vom Oppauer Unglück. In einer Mannheimer Zeitung wurde dieser Tage der Gebäudesicherungsanstalt der Vorwurf gemacht, sie verzögere die Auszahlung der Entschädigungen für die bei dem Oppauer Unglück entstandenen Gebäudeschäden. Dieser Vorwurf ist, wie uns von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, nicht begründet. Die Badische Gebäudesicherungsanstalt hat zurzeit für über 10 500 Zweifler die infolge der Oppauer Explosion entstandenen Gebäudeschäden anerkannt und bereits über 28 Millionen M. zur Auszahlung gebracht. Die restliche Beilegung der Explosionschäden, soweit die bezeichnete Stelle in Frage kommt, hängt lediglich von der unerschütterlichen Ausleistung der Zeugnisse über erfüllte Baupflicht ab, die hinsichtlich beschleunigt wird. Da die Auszahlungen auf Grund der obengenannten Zeugnisse sofort nach Einlauf vorgenommen werden, erfordere die Angelegenheit in Karlsruhe keine Verzögerung.

Nicht nur
für ein Vierteljahr kann der Mannheimer General-Anzeiger bei der Post bestellt werden.
sondern auch
für jeden einzelnen Monat innerhalb des Vierteljahres. Man übergebe die Bestellung frühzeitig dem Briefträger oder der Postzeitungsstelle für den Monat September. S 886

* **Die 500 M.-Banknote** und die Eröffnung der Reichsbank. Der als Streikarbeit bezeichneten, immerhin recht einfachen Ausführung der neuen Banknoten zu 500 M. scheint man selbst in Reichsbankkreisen nicht allzu großes Vertrauen wegen unangenehm nachschwingen entgegenzubringen. Wie erinnerlich, ist vor einiger Zeit das Reichsbankdirektorium durch eine Verordnung im Reichsanzeiger ermächtigt worden, die Ersatzpflicht für beschädigte Banknoten zu beschränken, und zwar soll die Ersatzleistung nur dann erfolgen, wenn die zur Prüfung der Scheine erforderlichen Merkmale, wie Wasserzeichen, Wasserzeichen, Nummer usw. auf dem vorgelegten Teile der Note deutlich erkennbar sind. Durch eine Bekanntmachung des Reichsbankdirektoriums findet diese Verordnung zunächst nur auf die neue 500 M.-Banknote Anwendung. Zum Erlaß vorgelegte Erlaß der Ausgabe dieser Banknote vom 7. Juli 1922 müssen also Wasserzeichen, Nummer und Faserzeichen deutlich erkennen lassen, wenn Anspruch auf Erlaß erhoben werden soll.

* **kyk zur Ausgabe der Kriegsdienstmünze 1914/18.** Obwohl wiederholt bekannt gegeben ist, daß Verleihungsanträge auf die vom Kassenverein (dem jetzigen Deutschen Reichskriegerverband „Kassenhäuser“) in Einverständnis mit dem Reichsministerium des Innern für die Weltkriegsteilnehmer unter den 25 Millionen Kriegsgeldverleihungsgeldern gestellte Kriegsdienstmünze 1914/18 zum Zwecke der Verleihungsberechtigung nur bei den örtlichen Kriegervereinen zu stellen sind, mehren sich jetzt wieder in beträchtlichem Maße die Fälle, in denen dem Reichskriegerverband in Berlin direkt, ja sogar Generalfeldmarschall von Hindenburg, der die Stiftungsurkunde als Ehren-

präsident des Bundes mit unterzeichnet hat, Verleihungsanträge und dergl. überhand nehmen. Der Reichskriegerverband teilt deshalb mit, daß diese unmittelbar übermittelten Anträge unbeantwortet bleiben müssen, da dieser Antragsweg nicht der Stiftungsurkunde entspricht.

* **Kulturelles „Notgeld“** in Obersachsen. Der Obersächsische Kulturverband hat eine auch in künstlerischer Beziehung vorzüglich gelungene Kleinmünzserie „Loster Burggeld“ für Sammler und Werbegewebe herausgebracht. Es war ein guter Gedanke, gerade die Burggrüne Löß im kulturellen Notgeld festzuhalten. Ist doch die Ruine, die zweitgrößte in Ostdeutschland, ein schönes Sinnbild oberflächlicher Kulturarbeit und geben doch allein die Verknüpfung ihrer Geschichte mit dem Namen Lößendorf und ihre neue Eignung als Stützpunkt der oberflächlichen Jugendbewegung einen ganz eigenen Reiz. Es ist dem Künstler gelungen, in diesen 5 farbenfrohen Scheinen die alte und die neue Bundezeit der romantischen Lebensformung, Geschichte, Heimatliebe, Eigenwert, Alterstrenne und Wanderlust in einem Guß zusammenfließen zu lassen. Das Loster Burggeld kommt auch gerade recht als feststehende Erinnerung an die Befreiung Obersachsens von dem schweren französischen Druck und ist doch wiederum ein Andenken, das sich freudvoll von postlichem Einschlag und jedem Nationalstolz ein weiterer Gesichtspunkt, sich diese Serie durch Einzahlung von 10 Mark an das Postfachamt Breslau, Kontonummer 63 656, Obersächsisches G. m. b. H., Abteilung Burggeld, Lößdorf, zu liefern.

* **Belegung des deutschen Rheinschiffahrtstreiks.** Zwischen dem deutschen Transportarbeiterverband und dem Arbeitgeberverband für die Binnenschiffahrt der Hafengebiete Mannheim-Ludwigshafen und dem niederrheinischen Arbeitgeberverband ist nach langen Verhandlungen eine Verständigung über die Beurlaubung bei Auslandsreisen der Schiffsmannschaften erzielt worden, bereuigen bekanntlich der Schiedspruch des Reichsarbeitsministeriums von den Arbeitnehmern abgelehnt worden war. Nach der neuen Vereinbarung, die ein erheblich über den Schiedspruch hinausgehendes Zugeständnis der Arbeitgeber bedeutet, werden die Beurlaubungsbedingungen nach einem neuen Schiedspruch vom September ab dem deutschen Lohn zugesprochen. Wahrscheinlich wird nun auch der Streik der holländischen Rheinschiffahrt in sich zusammenbrechen, zumal schon seit längerer Zeit viele Arbeitswillige vorhanden sind.

* **Der gefrige Sonntag** war wieder dem herrlichsten Wetter begünstigt, der Ausflugsverkehr infolgedessen sehr stark. Eine große Anziehungskraft übten die Kirchweihen aus, die in der näheren Umgebung stattfanden. Die Nachmittagszüge nach Heidelberg waren durchwegs vollständig besetzt. Trotz der starken Abwanderung herrschte in der Stadt reges Leben. In der Hauptstraße sorgten dafür die deutschen Schuhmachermesse, die hier ihre Tagung abhalten. Die im Jubiläumssaal veranstaltete Fichausstellung war den ganzen Tag über sehr stark besucht. In den Nachmittagsstunden sah man in den Straßen viele fremde Gäste, die an den angelegten Kofferten in den badischen Farben kenntlich waren. Die Eingekesselten pilgerten wieder, soweit sie sich nicht den Haupt- und Nebenbahnen anvertrauten, in den Wald- und Luffenpark oder besuchten die Konzerte im Friedrichspark. Das Abendkonzert, das nur Wagnerische Schöpfungen brachte, die von der Kapelle Viernauer unter Herrn Kapellmeister Breders Leitung mit großer Genauigkeit und Klangfülle wiedergegeben wurden, wies einen ungewöhnlich starken Besuch auf.

* **Tagsüber brennende Gaslampen.** Des Stutzen kann man beobachten, daß während sich das Tageslicht in die Straßen ergießt — wie schon wäre es, wenn man Sonnenlicht lazen dürfte —, in den Straßen unserer Stadt die Gaslampen brennen. Nun gibt es Leute, die sich darüber ärgern und Klagen und Beschwerden schreiben. Das Gaswerk ärgert sich natürlich auch, denn es läßt die Lampen tagsüber nicht zum Vergleichen brennen und ist dankbar, wenn es auf solche Mißstände aufmerksam gemacht wird, damit durch Reparaturen Abhilfe geschaffen werden kann.

Veranstaltungen.

* **Wiener Operettenspiele — Kojagarten.** Heute Montag wird die höchst heftigste aufgenommene Neuheit „Die Bajadere“ von Emmerich Kalmán wiederholt. Freitag, den 25. ds. Mts., findet die letzte Volksvorstellung zu ermäßigten Preisen statt. Gegeben wird „Ein Kaisertraum“; es ist dies zugleich die letzte Aufführung dieser beliebten Operette.

Kommunale Chronik.

II. Karlsruhe, 18. Aug. Der Stadtrat hat im Januar ds. Js. Richtlinien über die Gewährung von Baudarlehen veröffentlicht. Die inzwischen capid in die Höhe gestiegenen Baukosten und die allgemeine Lage zwingen zur sparsamsten Ausnutzung der zur Verfügung stehenden Mittel. Im Hinblick hierauf ist es künftig in allen Fällen nur noch möglich, bis zu 400 ebn umbauten Raumes Zuschuß zu gewähren. Darüber hinausgehender Wohnraum geht vollständig zu Lasten der Bauherrn.

sw. Darmstadt, 18. Aug. Die Teuerungswelle war gestern Abend Gegenstand einer längeren Aussprache in der Stadterordnetenversammlung. Es wurde veranlaßt, die Stadt möge besonders für Gemüse und Obst für ausreichende Versorgung zu angemessenen Preisen Sorge tragen. Seitens der Verwaltung wurde festgehalten, daß sämtliche Preise, ausgenommen die der Eier, niedriger seien als die der umliegenden Märkte. Ein Verbot der Preise wie früher verspreche mehr Erfolg, als eine große Aktion. In der Kartoffelversorgung müßte vermindert werden,

teilt, übertrifft alles, was die Operettenspiele in diesem Sommer gesehen haben. Darstellerisch wurde sogar starkes Können bewiesen, und gelauglich blieben uns Gebr. Condé und Ernst Wegler nur selten die Schöpfer des Wertes schuldig. Die wichtigen Einfälle der Verfasser vermittelten mit unwiderstehlicher Komik Alb. Krafft-Vorhing, Josef Wajinger und Bruno Wallg. Das sprühende Temperament Teude Keiters konnte sich in den Tanznummern nach Herzenlust ausleben. Die Vorstellung zog sich etwas hart in die Länge. Allerdings ist das Textbuch umfangreich, aber mindestens ebenso große Schuld trifft jenen Teil des Publikums, der am liebsten eine Operette an einem Abend zweimal sehen und hören möchte. Es ist an der Zeit, daß dieser Unflug aufhört und daß die Spielstellung das Caccapö verbietet. Alfred Modenus.

Kleines Scuilleton.

* **Bewegung der Kontinente?** Auf der meteorologischen Station in Potsdam ist durch Beobachtungen festgestellt worden, daß sich im Laufe des letzten Jahres 1921 die geographische Breite von Potsdam um 0,5° vergrößert hat. Diefelbe Tatsache wurde auch an der Sternwarte zu Neu-Babelsberg bei Berlin beobachtet. In gleicher Weise teilte zu Beginn dieses Jahres ein amerikanischer Forscher auf der Versammlung der Amerikanischen Astronomischen Gesellschaft mit, daß auf der Station Ukiah (Kalifornien) eine jährliche Zunahme der Höhe um 0,01° im Jahre beobachtet worden ist, woraus man auf eine Nordwärtsbewegung des amerikanischen Kontinents schließen könne. — Sollte diese Annahme zutreffend sein, so würde sie im Widerspruch mit der Ansicht von der Postlichkeit des Festlandes stehen.

* **Affen mit Vöden.** Unter den Affen in den Urwäldern Brasiliens hat man gelegentlich Exemplare gefunden, die Spuren einer überstandenen Vöden-Erkrankung zeigten. Der brasilianische Forscher Jorge Clarke Blount in Rio Janeiro hält das Auftreten dieser Krankheit in weit entlegenen Urwaldgebieten für minder auffallend, als man ursprünglich annehmen sollte. Die Erreger der Krankheit können durch Moskito, durch blutsaugende Fliegenarten, durch Ameisen, Wespen, verwilderte Hunde, Wogeleier usw. weithin verstreut werden. Diese Tiere sind dann dasbese, was man unter Vöden als Blutentzöner bezeichnet, sie erkranken nicht selbst, aber verbreiten das Gift und sind so eine Gefahr für die Tierarten, mit denen sie in Berührung kommen. Daß die Affen auch von Vöden befallen werden, wie die Menschen, ist ein weiterer Beweis von der nahen Verwandtschaft dieser zwei Angehörigen der Primatengruppe.

Spielmanns Fahrt zum Rhein.

Kuf, Spielmann, nun fahre zum Rhein:
Für Sonne, zum Wädel, zum Wein!
Dort schaut du in fröhliches, sonniges Land,
Dort host du nicht Kummer und Sorgen,
Es blühet das Rheines hellstimmerndes Band,
Es grühet dich lachender Morgen!
Dum nimm deine Fiedel und wandle zum Rhein
Und trinke der Sonne heilstrahlenden Schrein,
Derschau dort den Mägen im blühenden Nie,
Und singe dem rheinischen Wädel dein Lied!

Kuf, Spielmann, nun fahre zum Rhein:
Für Sonne, zum Wädel, zum Wein!
Da ist dir das arme mit leuchtendem Haar,
Da reißt dir sein Hülhorn mit Glückspaten dar,
Was soll es dir Belles geben?
Dum nimm deine Fiedel und wandle zum Rhein
Und trinke du bei Sonne und Wädel den Wein,
Dann hoste das Glück, daß es nimmer entflieht,
Und singe dem rheinischen Wädel dein Lied!

Kuf, Spielmann, nun fahre zum Rhein:
Für Sonne, zum Wädel, zum Wein!
Es klirren die Gläser mit köstlichem Raß,
Doch sitzen sie wieder und wieder,
Der Duft aus dem nimmerverlegenden Raß
Wecht nimmerverlegenden Lieber!
Dum nimm deine Fiedel und wandle zum Rhein
Und trinke du bei Sonne und Wädel den Wein,
Dann hoste das Glück, daß es nimmer entflieht,
Und singe dem rheinischen Wädel dein Lied!

Verleumdungsdreht vorbehalten! Hanns Glückstein.

Dollarkurs 1240 Mark.

Handel und Industrie.

Demokratische Stimmen über Markentwertung und Wirtschaftszusammenbruch.

Selbst diejenigen Kreise, die früher mit aller Entschiedenheit für die unelastische Erfüllungspolitik eingetreten sind, sehen heute das Verderbliche einer weiteren Verfolgung dieser sinnwidrigen Politik ein. Man wird sich klar darüber, daß nur mit praktischen Maßnahmen und mit der Verfolgung einer gänzlich parteilosen, rein großdeutschen Wirtschaftspolitik das Schlimmste vom deutschen Volk abgewendet werden kann. So schreibt das 'Berliner Tageblatt' (Nr. 367) in einem Artikel über die fortschreitende Teuerung: 'Die notwendige Kehrseite dieser unerfreulichen Medaille ist die neue, mit elementarer Gewalt einsetzende Lohnbewegung. Die Arbeiter ebenso wie die Festangestellten sehen sich von einer Sturmflut bedroht, unter der sie rettungslos begraben werden müssen, wenn sie sich nicht im letzten Augenblick mit aller Kraft zur Wehr setzen. Wir sehen die Wirkungen dieser Lohnbewegung ebenso in Reich, Staat und Gemeinde wie in den privaten Betrieben. Ueberall werden erhöhte Lohn- und Gehaltsforderungen erhoben; das wirtschaftliche Gleichgewicht, das bisher mühsam aufrecht erhalten wurde, wird gewaltsam ins Wanken gebracht. An Verständnis für diese Notlage der breiten Schichten der Bevölkerung fehlt es heute im großen und ganzen nicht; und auch bei den staatlichen und kommunalen Behörden sieht man nur zu gut ein, daß etwas Durchgreifendes geschehen muß. Aber Mehrleistungen für die staatlichen und kommunalen Arbeiter und Angestellten sind wieder nur durch neue oder erhöhte Steuern, durch gesteigerte Tarife und Fahrpreise möglich, die abermals die große Masse schwer belasten müssen. So treibt ein Keil den andern, bis es schließlich nicht mehr weiter geht. Zum mindesten muß man sich sagen, daß der Krach unter allen Umständen eintreten muß, wenn erst die deutschen Preise den Goldpunkt überschritten haben werden. Bisher sind wir davor immer noch durch das Sinken der Mark bewahrt worden, aber wir nähern uns immer stärker dem Augenblick, in dem die Produktionskosten noch über den Weltmarktpreis hinausgehen. In diesem Augenblick müßte die heutige Scheinkonjunktur rettungslos zusammenbrechen. Der Rest wäre Arbeitslosigkeit, Produktionsstockung und in weiterer Folge namenloses Elend.'

Es wird die Aufgabe unserer führenden Wirtschaftsmänner sein, aus dieser Erkenntnis, die sich allgemein Bahn gebrochen hat, die notwendig sich ergebenden Folgerungen zu ziehen. Daß wir um den großen Wirtschaftszusammenbruch nicht herumkommen, wird von einsichtigen Politikern aller Richtungen offen bekannt. Es gilt aber, die Wirtschaftspolitik unverzüglich auf diese Voraussage einzustellen. Die 'Fabian Society' hat einmal die Vermehrung der materiellen Produktion als das erste Gebot zur Beseitigung der durch den Krieg geschaffenen Wirtschaftsmisere bezeichnet. Die bisherige Steuerpolitik hat den Gütervorrat der Volkswirtschaft, das Volkvermögen, zu stark angegriffen. Die Erhaltung der als Produktionsbasis notwendigen Substanz der Wirtschaft soll neben der Besteuerung im Verhältnis von Leistung gegen Leistung richtung, und maßgebend für die künftige Steuerpolitik sein. Eine starke wirtschaftliche Abwehrfront nach außen hin ist nur auf der großen und breiten Plattform einer parteilosen deutschen wirtschaftlichen Planpolitik möglich, die nicht von reinen Theoretikern, sondern allein von den führenden Praktikern des Wirtschaftslebens bestimmt wird. Eine sofortige Umstellung der inner- und außendeutschen Politik auf dieser wirtschaftlichen Grundlage ist nötig um der kommenden Wirtschaftskatastrophe wirksam begegnen zu können. N. P.

Devisenmarkt. Mannheimer Effektenbörse.

Mannheim, 21. Aug. (9.30 Uhr vorm.) Es notierten am hiesigen Platz (mitgeteilt von der Mittelduischen Creditbank, hier): New York 1240, Holland 48300, London 5545, Schweiz 23 650, Paris 8370.

Table with exchange rates for various cities: Zürich, Kopenhagen, Stockholm, New York, London, Paris, etc. Columns show rates for different currencies and locations.

Table titled 'New York, 19. August (WB) Devisen.' showing exchange rates for France, Belgium, Switzerland, England, Spain, Italy, and Germany.

Getreide- und Produktenmärkte.

Mannheim, 18. Aug. Auf dem Weltmarkt für Getreide hat sich die Gesamtlage in der letzten Woche nicht viel geändert. An unseren inländischen Märkten war die Stimmung infolge des scharfen Aufstiegs der ausländischen Zahlungsmittel außerordentlich fest und die Preise für alle Getreidearten haben in den letzten 8 Tagen ganz gewaltige Preissteigerungen erfahren. Die Nachrichten, die aus landwirtschaftlichen Kreisen vorlagen und die besagten, daß die früheren Befürchtungen speziell wegen des Auswuchses der neuen Ernte übertrieben gewesen seien, machten keinen Eindruck. Es herrschte an den Börsentagen eine außergewöhnlich lebhaft Nachfrage nach allen Getreide- und Produktenarten, und da die Käufer, bei der Entwertung unserer Reichsmark nicht zum Kauf drängen, sondern es vorziehen die weitere Entwicklung der Lage abzuwarten, so wurden seitens der Käufer die geforderten Preise schlank bewilligt und waren diese froh, wenn es ihnen gelungen war, sich noch etwas Ware zu beschaffen. Hierzu kommt, daß die Landwirte infolge der noch fortgesetzten Feldarbeiten nicht zum Dreschen kommen, wodurch die Zufuhr an neuer Ware verzögert wird. Die Preisforderungen gehen indes weit auseinander und es kam häufig vor, daß zu gleicher Zeit Ware von ungefähr gleicher Beschaffenheit gehandelt wurde, wobei sich Differenzen von 100-200 Mark für die 100 kg zeigten, und dadurch war es kaum möglich zuverlässige Preise zu erhalten. In Weizen bestand lebhaftes Geschäft in Ware aus neuer Ernte, während Weizen aus der vorjährigen Ernte vollkommen aus dem Markt verschwunden ist. Die vorhandenen geringen Vorräte in Ware alter Ernte werden von den Eigentümern zurückgehalten. Die heutigen Forderungen für neuen Weizen stellen sich auf 5500 Mark und die letzten Preise, die tatsächlich angelegt wurden, stellen sich auf 5350-5400 Mark per 100 kg Frachtparität Mannheim. Auch nach Roggen besteht eine außerordentlich große Nachfrage, während das Angebot nahezu fehlt. Für alte Ware stellen sich die heutigen Forderungen auf 4450-4550 Mark und diese Preise wurden auch von den Käufern bewilligt. Neue Ernte ist zu 4000-4100 Mark angeboten.

daß nicht wieder ein Ueberlaufen der Sachverhalte von allen möglichen Organisations eintritt und daß Sorge getragen wird, daß das Publikum sich an berufene Organisationen wendet. Auch ist der Vermaltung Vollmacht gegeben worden, die Reichsaktion wieder durchzuführen. Weizen, Gerste und Hirse werden beschafft und auf den Markt geworfen. Weitere Anordnungen nahm die Verwaltung zur Kenntnis. — Die Preise für das Hallenschwimmbad fanden eine Erhöhung von etwa 50%. — Der Zuschuß für die Volkshochschule wurde auf 75 000 Mark erhöht. — Für den hiesigen Fuhrpark wurden 780 000 Mark zur Anschaffung von sechs Pferden bewilligt.

Duisburg, 18. Aug. Der Aufsichtsrat der Hotel- und Bürohaus-A.G. hat beschlossen, den Neubau des Hotel- u. Bürohauses, der in der Nähe des Stadttheaters errichtet werden sollte, nicht auszuführen. Die zur Verfügung stehenden Geldmittel reichen infolge der neuerlichen Marktentwertung nicht aus, doch hofft man, den Bau in einigen Monaten doch noch beginnen zu können. Der ganze Häuserblock in der Nähe des Stadttheaters ist bereits Eigentum der Gesellschaft.

Aus dem Lande.

Wiesloch, 18. Aug. Die hiesige Licht- und Kraftversorgung hat neuerdings eine Erhöhung eintreten lassen, so daß die Strompreise sich wie folgt gestalten: die Stromtarife Lichtstrom 16 Mark, die Stromtarife Kraft, Koch- und Heizstrom 9 Mark. Ueberdies erhöht der Feuerungsbeitrag im Haushalt eine Erhöhung auf 2100%.

B. Konstan, 18. August. Mit dem 24. Juli wurde durch die Schweiz eine Einfuhrbeschränkung (schweizerischer Ausdruck für absolute Sperr) auf Blausäuren erlassen. Damit ist die deutsche Ausfuhr der Blausäuren, die zeitweise eine Ueberschussvermehrung des schweizerischen Marktes und wesentlichen Preissteigerungen verursachte, abgegan. Einige Angaben über die Produktion. Baden besitzt 164, Württemberg 60 und Bayern 23 Hochleistungsbetriebe. Diese Zahlen sind amtlich festgelegt und für die einzelnen Staaten getrennt. Zur Zeit liefern von badischen Betrieben jedoch 15 ihre Fänge nach Württemberg ab. — Besondere Ausfuhr von Blausäuren nach der Schweiz fanden regelmäßig im Oberjüngst (über Ostschweiz) und im Unterjüngst (über deutsche Gebiete in der Schweiz) statt. Wäherhalb dem Rahmen dieser Ausfuhr wurden mit dem 28. Juni durch den Reichsernährungsminister Ausfuhrbewilligungen erteilt an Württemberg 800 Zentner (60 Fischereibetriebe) und an Bayern 400 Zentner (23 Fischereibetriebe). Baden erhielt zunächst keine Ausfuhrbewilligung; erst am 24. Juli traf eine solche ein (am Tage der schweizerischen Sperr) in einer Menge von 20 (zwanzig) Zentnern (164 Fischereibetriebe). Diese Zurücksetzung Badens sowohl nach der Menge wie nach der Zeit ist auffallend. Selbst unter Berücksichtigung, daß 15 badische Betriebe ihre Fänge nach Württemberg abliefern, hätte Baden bei den Ausfuhrmengen, die Württemberg und Bayern zugesetzt wurden, etwa zweitausend Zentner zugesetzt werden müssen. (3000 Zentner Blausäuren auszuführen, wäre natürlich eine viel zu große Menge.)

Berichtszeitung.

Kaden, 18. Aug. Die Ferienstrafkammer verurteilte bei großem Andrang des Publikums in fünfstündiger Sitzung gegen mehrere Arbeiter, einen Kraftfahrer und einen Knecht, die beschuldigt waren, eine Reihe von Diebstählen von Messingplatten, Antreibmaschinen und Automogentzen bei der Firma Mannesmann-Ring entwendet zu haben. Das Gericht erkannte gegen die Angeklagten wegen Diebstahls bzw. Hehlerei auf Gefängnisstrafen bis zu sieben Monaten.

Ider, 17. Aug. Die Strafkammer verurteilte ein 17jähriges Mädchen, das gemeinschaftlich mit einem Regergesellen in Gersfeld (Kurgurg) die Eheleute Lesore ermordet und beraubt hatte, zu 12 Jahren Gefängnis. Der Ermordete zählt 81 Jahre, die Frau 78. Die beiden Mörder hatten 10 000 Francs und 9000 Mark geraubt. Die Angeklagte war gefällig und will zur Tat verführt worden sein. Neue war bei ihr nicht zu bemerken. Die Tat selbst war in bestialischer Weise ausgeführt worden. Den Ermordeten hatte man nach Kampferspiritus in den Mund gegeben. Gegen den Regergesellen wird in seiner Heimat Gurgurg verhandelt.

Dochum, 18. Aug. Die Strafkammer verurteilte auf Antrag des Vereins gegen das Bestrafungswesen den Kaufmann Wilhelm Büchmann in Herne zu 5000 Mark Geldstrafe. Büchmann hat den langjährigen Angestellten Heinz. Weg der Fache Entlassung in Herne (Westf.), der die Lebensmittel für die Belegschaft einzukaufen hatte, mit 30 000 Mark bestochen. Gegen Weg erkannte das Gericht auf 3000 Mark Strafe und Einziehung der 30 000 Mark Bestrafungsgelder.

Neues aus aller Welt.

Schiebung bei der All-Deber-Gesellschaft. Die Berliner Kriminalpolizei ist einem umfangreichen Schwindel bei der Auflösung der All-Deber-Bewertungsgesellschaft auf die Spur gekommen, wo der frühere Direktor und der bisherige Liquidator große Schiebsungen vorgenommen hatten. Der Kaufmann Hugo Wolff aus Charlottenburg und sein Helfer Karl Rabe, die im vorigen Jahre bei der Auflösung der All-Deber-Bewertungsgesellschaft in leitender Stellung tätig waren, hatten in der Schlichtungsstelle 10 eine Handelsgesellschaft für Industriebedarf mit einem beschäftigungslosen Referendar als vorgeschobenen Strohmann gegründet. Sie tätigen Scheinverträge über Waren in der von ihnen mitverkauften All-Deber-Bewertungsgesellschaft zu außerordentlich billigen Preisen und verkauften bis auf diese Weise erworbenen Bestände an andere Firmen mit ungewöhnlich großem Verdienst. Der Kaufmann Fritz Pauls aus Reutlin, der mit Wolff ebenfalls in der Gesellschaft beschäftigt gewesen war, erhielt den Prokuristenposten in der Schwindelfirma des vor mehreren Wochen ebenfalls wegen Betruges und anderer Vergehen verhafteten Kaufmanns Franz Wolff und hatte die Beziehungen zwischen Hugo Wolff und Karl Rabe, der sich wahrscheinlich auf Grund seiner finanziellen Entlastung den Doktorhut zugelegt hatte, weiter auszubauen. Pauls erfüllte auch das Verlangen und verstand die beiden Helfershelfer an den zahlreichen dunklen Geschäften eines Kaufmanns 'Wojak' zu intereessieren und zu beteiligen. Kriminalkommissar Buske, der alle Personen verhaftete und den gesamten Betrag aufbehielt, brachte jetzt nachträglich in Erfahrung, daß bei Wolff als Geschäftsbücherprüfer der viel in letzter Zeit genannte Direktor Rommilius von der Reichsverbandsgesellschaft beschäftigt war.

Der beschuldigte Angeklagte. Zwei Korjen, Herr Gerichtshof. Wir haben den Bericht der Eisenbahnarbeiter Reugebauer den Empfangsamt des Schöffengerichts Berlin-Schöneberg. Die Schiedsinstanz vorwärtsstrebend, kam er endlich mit einiger Mühe in die Angelegenheit. Vorstehender: Na, Herr Reugebauer, Sie scheinen wohl etwas kräftig gefühlvoll zu haben? Angeklagter: Sehr lieblicher Herr Gerichtshof, ich habe man bloß einen jenseitigen Vorstehender: Na, der eine duftet aber ziemlich stark, das riecht man ja bis herüber. Angeklagter: Sein Sie man mir nicht böse, Herr Gerichtshof, aber ich hatte Durst, und wenn ich Durst habe, dann muß ich eben einen nippen, und heute ist es heiß, so daß ich vielleicht zwei nippen, was ja auch mal vorkommen kann. Nach diesem einleitenden Zwiegespräch, welches einige Heiterkeit im Zuhörerraum hervorrief, kam der Vorstehende auf die Angelegenheit selbst zu sprechen, die dem Heber unbestraften Angeklagten vormalig, aus einem Gütermoggen eine Fische Seti entwendet und sofort ausgekranten zu haben. Vorstehender: Haben Sie die Fische gefressen? Angeklagter: Ne, die ha' ich gefressen, und ich le een anderer auskaut, ha' ich le Hebe alleine ausgekaut. Der Zeuch hat ja nicht ma jeshmeck, und de Hälfte ist ma noch in jeshmeck. Als der Vorstehende ihn darauf hinwies, daß sich gefüllte Gefäßchen eigenmächtig doch nicht so herrenlos in den Gütermoggen herumzutreiben pflegen, gab der Angeklagte schließliche an, daß er sie aus einer defekten Riste entwendet habe. Das Gericht erkannte auf 14 Tage Gefängnis, billigte dem Angeklagten aber eine Bewährungsfrist zu, worauf sich dieser freundlich lächelnd mit dem Worten empfahl: 'Auf Wiedersehen, Herr Gerichtshof!'

In Gerste kommt in vorjähriger Sommergerste nur noch ganz verschwindend kleines Material an den Markt und einige kleinere Partien wurden zu 4200 Mark die 100 kg Frachtparität Mannheim gehandelt. Für neue Gerste werden 4000 Mark geboten, doch sind Verkäufer nicht am Markte. Durch den langanhaltenden Regen ist der Ausbruch für Getreide stark verzögert.

Für Hafer werden, je nach Qualität, 4150-4200 Mark ab bayerischen Stationen pro 100 kg bezahlt. Mais liegt selbstredend außergewöhnlich fest und die Preise gehen mit Uebereinstimmung mit den Devisenpreisen ständig in die Höhe. Für disponiblen Mais waren heute schlank 4000 Mark für die 100 kg zu erzielen. Die Forderungen für Mais werden aber in den letzten Tagen in ausländischer Währung gestellt und lauten heute auf 10 Hfl. die 100 kg bahrfrei Mannheim.

Auch für Futtermittel zeigte sich, trotz steigender Preise, lebhafter Begeh. Weizenkleie ist gewaltig im Preise gestiegen und man fordert heute 2400 Mark für Weizenkleie-mehl 3300 Mark für die 100 kg bahrfrei Mannheim.

Rauchfutter hat ziemlich unveränderten Markt. Für Wiesenhheu, lose, bewegen sich die Forderungen zwischen 1350-1400 Mark für Rotkleehheu zwischen 1500-1550 Mark, Luzerne-Kleehheu 1600-1700 Mark, gepreßtes Stroh 750-850 Mark und gebundenes Stroh 680-750 Mark die 100 kg bahrfrei Mannheim.

Mehl ist von Tag zu Tag im Preise in die Höhe gegangen; der heutige Preis für Weizenmehl, Spezial 0, stellt sich auf 7200 Mark die 100 kg ab süddeutschen Mühlenstationen, doch ist der Preis nur nominell, weil die einzelnen Mühlen nur jeweils dann verkaufen, wenn sie in der Lage sind, sofort das entsprechende Quantum Weizen sich wieder zu beschaffen. Aus zweiter Hand liegen Angebote zu 6900-7000 Mark vor. Für Roggenmehl wurde ab schliesslichen Stationen 5000 Mark für die 100 kg gefordert und auch bewilligt. Weizenmehlmehl Mühlenstationen.

Tabak. In der Berichtwoche kamen in hiesiger Gegend einige kleinere Posten 1921er Tabake zu 450 Mark p. Zentner zum Verkauf. Größere Abschlüsse scheiterten aber, weil die Pflanzler meistens 4900-5000 Mark fordern, welche Preise die Käufer nicht bewilligt wurden. In der Folge wurden von dortigen Vergärern einige 100 Zentner rheinbayerische Tabake ebenfalls in der Preislage von 4500 Mark verkauft. Die Nachfrage nach Tabaken aus der 1921er Ernte ist infolge der rapiden Maraverschlechterung naturgemäß eine große, der aber nur ein verschwindend kleines Angebot vonsell in der Vergärer gegenübersteht. 3800 Mark gestürmisch gefragt. Für überseische wurden 3800 Mark geboten, doch halten die Käufer auf diesem Preise zurück. Die im Feld stehenden neuen Tabake entwickeln sich nach wie vor günstig, doch haben in einigen Orten des Mannheimer Bezirks die Tabake durch Hagelschlag Schaden erlitten.

Holz. Die Lage auf den Holzmärkten ist sehr fest und die Preise haben unter dem Einfluß der Devisenhausse eine sprunghafte Steigerung erfahren. Die Nachfrage nach dem Holzarten ist recht groß, kann aber, da die Käufer mit dem Preisverkauf zurückhalten, nicht befriedigt werden. Die Preise sind derart gestiegen, daß man für Rundholz heute bereits 8000-9000 Mark per Festmeter im Walde fordert. Sägeanfallende Bretter werden ab bayerischen Stationen mit 9000 bis 10 000 Mark pro cbm bezahlt. Auch Hobelbretter sind stark gesucht und man verlangt dafür heute bis zu 400 Mark pro cbm.

Waren und Märkte.

Amerikanischer Funkdienst.

Table with market data for New York, 19. August (WB) Funkdienst. Columns include commodity names like Kaffee, Septemb., Octob., Novemb., Dezemb., and their respective prices.

Table with market data for Chicago, 19. August (WB) Funkdienst. Columns include commodity names like Weizen, Sept., Okt., Nov., Dez., and their respective prices.

Der Ankauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und die Post erfolgt in der Woche vom 21.-27. August zum Preise von 3500 Mark für ein Zwanzigmarkstück, 1750 Mark für ein Zehnmarkstück. Die ausländischen Goldmünzen werden entsprechende Preise gezahlt. Der Ankauf von Reichsilbermünzen durch die Reichsbank und Post findet zum 80fachen Betrage des Nennwertes statt.

Das Goldzollaufgeld für die Woche vom 23.-29. August einschließlich beträgt 17 400 Mark, also das 17fache des Goldzollbetrages.

Weitere Mehlerhöhungen. Die Mehlerpreise gehen rapid in die Höhe. Von 5800 Mark, die noch am Mittwoch bezahlt wurden, sind sie auf 6400 und 6500 Mark in Mannheim und Stuttgart ohne offizielle Notierungen hinausgeschritten.

Die Gebr. Körting A.-G. in Hannover beantragt die Umwandlung der bisherigen 15 Millionen Mark Vorzugsaktien in Stammaktien und die Schaffung von neuen 15 Millionen Mark Vorzugsaktien. Das Aktienkapital wird hierdurch auf 70 Millionen Mark gebracht.

Leinsaatnotierungen, Buenos Aires für Monat September 19,50 (19,60) arg. Pes., Oktober 19,20 (19,25) arg. Pes.; Rosarior, die Notierungen blieben heute infolge Felerlags aus.

Leinölnotierungen. Preis ab Holland, garantiert reines, gewichtig, roh oder bahrfrei prompt 49,25 (48,75) fl. Oktober August 48,50 (48,--) fl., September 46,25 (46,--) fl., 45,75 (45,50) fl., Oktober-Dezember 44,75 (44,55) fl.

Preis ab Niederrhein infolge starker Kurschwankungen nicht fixierbar.

Wasserstandsbeobachtungen im Monat August

Table with water level observations for various rivers: Schwanstein, Zeit, Wasso, Rastheim, Main, Elbe, etc. Columns show population, date, and water level measurements.

Druck- und Verlagsanstalt: Druckerei Dr. Gohl, General-Verleger, G. m. b. H., Mannheim, 1. B. 2. Direction: Reinhold Geyger - Gesamtvertrieb für Mannheim: für Baden: K. Bredemeyer, für Rheinhessen: H. Bredemeyer, für die übrigen rheinland-pfälzischen Gebiete: H. Bredemeyer, für Anzeigen: Carl Dögel.



DEUTSCHER AUTOMOBIL-KONZERN (DAK) LEIPZIG TRÖNDLINGSTRASSE 4 ECKE NORDSTR. 1



Vertretung: Schröder & Welsch, Mannheim, E 3, 15 Automobile u. Zubehör, Telefon 7953 u. 3017

Wiener Operettenspiele Rosengarten Die Bajadere

Sonderzug Mannheim-München u. zurück

Nachlassversteigerung

Antiker Schrank! Holländische Standuhr!

Jagd-Verpachtung

Rückladung für Möbelauto von Mannheim nach Würzburg

Todes-Anzeige

Elise Bernhard Wwe.

Die trauernde Hinterbliebene

Die trauernde Hinterbliebene

Telephonistin

Perfekte Köchin

Mädchen

Mädchen

Mädchen

Versteigerung

Buchhalter

Lehrling

Offene Stellen

Jung. Mann

Gut eingeführte Lebensversich.-Anstalt

Inkassoverretung in Mannheim

Fakturist

Führende Feuer-Versich.-Gesellschaft

tüchtigen Inspektor

Mädchen

Mädchen

Mädchen

Mädchen

Mädchen

Mädchen

Erfahr. Bauführer

Buchhalterin

Lager-Verwalter

Mädchen

Stellen-Gesuche WERKMEISTER

Jung. Fräulein

Kauf-Gesuche

Lastwagen

Lastauto

Haus

Haus

Villa

Haus

Bäckerei gesucht!

Gute Laute

Garage gesucht

Wir suchen

Herrschafts- und Rentenhäuser

Telephon Nr. 8624

Zwiebackbeutel

Mantel

Brillanten

Haus

Kaufe Flaschen

1 bis 2 Zimmer

1 Doppel-Pony

Verkäufe

EBzimmerbüffet

Blüthner-Flügel

Brilliant-Damenring

1 neu. Rollenschrank

1 oder 2 möbl. Zimmer

1 Zimmer u. Küche

1 Zimmer u. Küche